

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Austausch Daniloffs?

Nach Angaben amerikanischer Regierungskreise sind die USA möglicherweise bereit, den am Samstag in Moskau wegen des Vorwurfs der Spionage festgenommenen amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff gegen den sowjetischen UNO-Mitarbeiter Gennadi Sacharow auszutauschen. Dies unter der Bedingung, dass Sacharow in die Obhut des sowjetischen Botschafters in Washington gegeben werde. Dieser müsste dann garantieren, dass Sacharow die USA nicht verlassen und seinen Prozess abwarten würde. Im Gegenzug dazu würde Daniloff zusammen mit seiner Frau die Sowjetunion sofort verlassen können.

Pariser Nahost-Politik

Die französische Regierung will trotz der Morddrohungen schiitischer Geiselnahmer in Libanon ihre Nahost-Politik nicht ändern. Ausserminister Jean-Bernard Raimond betonte dies am Donnerstag in einem Gespräch mit dem französischen Radio «France-Inter».

Egli erhält nach Rücktritt volles Bundesrats-Ruhegehalt

Bern (AP) Der Schweizer Bundespräsident Alphonse Egli wird nach seinem auf Ende Jahr angekündigten Rücktritt das volle Ruhegehalt eines alt Bundesrats von gegenwärtig 133 057,20 Franken jährlich beziehen. Dies entspricht genau der Hälfte des Nettoeinkommens eines aktiven Landesvaters, wie eine Sprecherin des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) am Donnerstag in Bern auf Anfrage erklärte.

Ehemalige Mitglieder der Landesregierung erhalten das volle Ruhegehalt, wenn sie mindestens vier Jahre im Amt gewesen sind. Ebenfalls die volle Pension wird gewährt, wenn sich ein Bundesrat aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig von der Regierungstätigkeit zurückzieht. Tritt ein Bundesrat aus anderen Gründen, etwa nach einem politischen Misserfolg, zurück, ehe er vier Jahre geamtet hatte, entscheidet der Bundesrat über die Höhe des Ruhegehalts.

Alt Bundesräte müssen zudem eine Kürzung ihrer «Bundespension» in Kauf nehmen, falls ihr übriges Einkommen das Ruhegehalt übersteigt. Das ehemalige Mitglied der Landesregierung darf also mit seiner Tätigkeit höchstens nochmals 133 057,20 Franken verdienen.

Ahnungslos

Die Motorfahrzeugstatistik weist unser Land als sehr autofreudiges Land aus. Die letzte Statistik, mit Stichtag 1. Juli 1986, registrierte allerdings plötzlich weniger Automobile, obwohl die Neuzulassungen kräftig zugenommen haben. Des Rätsels Lösung liegt darin, dass die Motorfahrzeugkontrolle früher alle Autos registrierte, nun aber nur noch die effektiv in Verkehr stehenden Fahrzeuge meldete. Nicht weniger als 1713 Nummernschilder, die im Vorjahr noch als Ausweise für in Verkehr stehende Fahrzeuge ausgewiesen waren, gelten nun als «zurückgestellt oder deponiert».

Regierungschef Hans Brunhart und der zuständige Regierungsrat René Ritter erklärten auf eine entsprechende Anfrage beim Pressegespräch, dass sie von einer Änderung nichts wüssten, sondern auch aus der Zeitung davon erfahren hätten. Wie Brunhart präzisierte, liegt kein Entscheid der Regierung vor, die Modalitäten bei der Motorfahrzeugstatistik zu ändern. Er könnte sich vorstellen, meinte der Regierungschef, dass es in der Schweiz eine Änderung gegeben habe, die nun nachvollzogen worden sei. Ob die Schweiz wirklich eine derartige Änderung verfügt habe, blieb eine offene Frage.

Stetige Pflege der freundschaftlichen Beziehungen

Die Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein hält heute ihre Mitgliederversammlung in Schaan ab

Zur «Pflege und Förderung der freundschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein» wurde vor 30 Jahren die Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein im Beisein S.D. Fürst Franz Josef II. und des damaligen schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Markus Feldmann in Bern gegründet. Turnusgemäss findet die Jahresversammlung der Freundschaftsgesellschaft heute Freitag in unserem Land statt, wobei als Tagungsort diesmal Schaan ausgewählt wurde. Wichtigster Tagungspunkt wird die Schaffung eines Kulturpreises sein, den die Gesellschaft alle fünf Jahre verleihen möchte.

Die freundschaftlichen Bande, die vor dreissig Jahren in Bern zwischen Vertretern beider Staaten geknüpft wurden, sind im Laufe der Zeit zweifellos enger geworden. Ging es zur Zeit der Gründung noch mehr darum, dem Fürstentum Liechtenstein als dem kleineren Partner helfend unter die Arme zu greifen, so hat sich inzwischen diesseits des Rheins ein Selbstbewusstsein entwickelt, das von der Gleichberechtigung in den gegenseitigen Beziehungen ausgeht. Dennoch gilt in den wesentlichen Zügen immer noch die Aussage, die in einem Zirkularschreiben an potentielle Gesellschaftsmitglieder vor der Gründungsverammlung festgehalten

wurde: «Trotz dem engen nachbarschaftlichen Verhältnis zeigt sich immer wieder, dass namentlich in der Schweiz die genaue Kenntnis von Liechtenstein nicht so verbreitet ist, wie das als wünschenswert erscheint. Gelegentlich treten Vorurteile und Missverständnisse auf und belasten das an sich ungetrübte freundschaftliche Zusammenleben.»

Vertrauen und Verständnis

Der vor wenigen Tagen erfolgte offizielle Besuch von Bundesrat Dr. Kurt Furgler in unserem Land unterstrich jedoch erneut, dass zwischen den beiden Staaten keine ernsthaften Probleme bestehen und das allfällige offene Fragen auf unbürokratische Weise und auf freundschaftlicher Basis gelöst werden. Diese guten Beziehungen auf staatlicher Ebene finden ihre Fortsetzungen nun schon seit drei Jahrzehnten im Schosse der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein, als deren Hauptaufgabe Gründungspräsident Dr. Edmund Richner anlässlich der Jubiläumsversammlung zum 25jährigen Bestehen mit der «Pflege einer Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses» umschrieb. Die Treffen wichtiger Vertreter aus beiden Staaten haben nicht zuletzt dazu beigetra-

gen, dass einerseits die guten Beziehungen erhalten blieben, andererseits sich verschiedene Probleme durch das dadurch geschaffene Vertrauensverhältnis leichter lösen liessen.

Verleihung eines Kulturpreises

Mit der Verleihung von Goldmedaillen an die besten Absolventen des Neutechnikums Buchs, einem wichtigen Werk der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, sowie mit der Herausgabe einer Schriftenreihe über kulturelle Themen ist die Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein auch an die Öffentlichkeit getreten. Nun soll an der heutigen Versammlung ein weiterer Markstein gesetzt werden. Die Gesellschaft plant die Verleihung eines Kulturpreises an natürliche oder juristische Personen, die sich durch ihre Tätigkeit in humanitären, kulturellen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein verdient gemacht haben. Der Preis in Höhe von 10 000 Franken soll alle fünf Jahre verliehen werden.

Durch diese Preisverleihung, so hoffen die Initianten, soll die Pflege und Förderung der freundschaftlichen und kulturellen Beziehungen - wie in den Statuten festgehalten - ebenfalls vertieft werden.

(G.M.)

Konsequent

Nicht weniger als 131 Darlehensnehmer haben nach dem Rechenschaftsbericht der Regierung ihre Tilgungsraten für das Eigenheimdarlehen für das Jahr 1985 nicht beglichen. Wie reagiert die Regierung auf diese Situation? Regierungschef Hans Brunhart meinte am Pressegespräch, seit der Abfassung des Rechenschaftsberichtes seien etliche Zahlungen erfolgt, so dass die Rückstände nicht so dramatisch aussehen würden. Im allgemeinen ist die Zahlungsmoral nach seinen Aussagen gut. Drücken kann sich um diese Zahlungen niemand, erklärte der Regierungschef und fügte hinzu, man werde sich auch nicht scheuen, Inkassobüros mit dem Eintreiben der Ausstände zu beauftragen.

Fremde Hände

Der «Einstieg der SBG ins Bankgeschäft Liechtensteins», wie es in der Neuen Zürcher Zeitung hiess, beschäftigte auch die Teilnehmer am Pressegespräch mit der Regierung. Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) hat die in unserem Land domizilierte Finanzgesellschaft Sinit AG übernommen. Ist es so leicht, liechtensteinische Firmen zu erwerben?

Nach den Ausführungen von Regierungschef Hans Brunhart besteht gesetzlich keine Möglichkeit, den Erwerb zu verhindern. Im weiteren erinnert er an Aktiengesellschaften, deren Kapital auch aus dem Ausland stammen könne, da die Herkunft bei Kapitalgesellschaften mit den heutigen Mitteln nicht kontrollierbar sei.

Aus den weiteren Erklärungen des Regierungschefs ging hervor, dass die Sinit AG bereits im Jahre 1947 eine Konzession erhalten habe, also zu einer Zeit, als es noch keine Bankengesetzgebung in unserem Land gab. Allerdings verfügt die verkaufte Sinit AG nur über eine beschränkte Bankkonzession, die sich nicht mit den drei tätigen Geschäftsbanken in Vaduz vergleichen lässt. Die Regierung denke nicht daran, meinte Regierungschef Brunhart abschliessend, die Konzession für die Sinit AG, auch wenn sie nun in andere Hände gekommen sei, zu ändern.

Explosion in Libanon forderte drei Opfer

Beirut (spk/dpa) Drei französische Soldaten der UNO-Friedenstruppen sind am Donnerstag in Südlibanon bei der Explosion einer Mine getötet worden. Ein vierter Soldat wurde verletzt. Wie der Sprecher des UNIFIL-Hauptquartiers in Nakura, Timur Goksel, mitteilte, detonierte die Sprengladung, als sich die Soldaten beim Joggen auf einer Strasse bei Jouaiya, 14 Kilometer östlich der Hafenstadt Tyrus, befanden.

Der Anschlag ist nach ersten Vermutungen vermutlich von schiitischen Extremisten verübt worden. Seit einem Monat sind die rund 5800 Soldaten der UNO-Friedenstruppen fast täglich Ziel von Angriffen. Anfang August waren 18 französische UNO-Soldaten bei schweren Kämpfen mit schiitischen Amal-Milizen verletzt worden.

Ghaddafi droht mit Austritt aus Blockfreienbewegung

Der libysche Staatschef beschimpfte in Simbabwe andere Gipfelteilnehmer

Harare (spk/dpa) Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Ghaddafi hat mit dem Austritt seines Landes aus der Bewegung der Blockfreien und mit militärischen Schlägen gegen die USA gedroht. Zugleich kündigte er am Donnerstag während bei der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Harare an, die «Welt in zwei zu Lager zu spalten: in ein Lager des Imperialismus und in ein Lager der Befreiung».

Er bekräftigte seine Bereitschaft zur Gründung einer «internationalen Streitmacht», die in der ganzen Welt agieren und «Feuer unter den Füssen der USA entzünden» soll. Es handelte sich um den ersten ausländischen Auftritt Ghaddafis seit den amerikanischen Bombenangriffen im April auf Tripoli.

Ghaddafischer Rundumschlag

In seiner über einstündigen Rede, die mehrmals von Sprechern pro-libyscher Demonstrantinnen unterbrochen worden war, betonte er seinen Willen zur «Zerschlagung» der Blockfreien. Es befanden sich «Verräter und Spione des Imperialismus» unter den 101 Mitgliedern. Länder wie Ägypten, Zaire und Kamerun unterhielten Beziehungen zu

Israel. Vor allem aber hätten die Blockfreien sein Land nicht gegen die amerikanischen Bombenangriffe geschützt.

Ghaddafi fragte die etwa 50 anwesenden Staatschefs: «Was haben Sie getan, als mein Land zum Opfer von amerikanischen Bombenangriffen wurde?» Er werde die Frage des Austritts aus den Blockfreien den libyschen «Volkskomitees» zur Entscheidung vorlegen. «Ich fühle mich frei von den Blockfreien», sagte Ghaddafi, der sich mit einem «Lebewohl an diese witzige Bewegung» verabschiedete.

Die Rede Ghaddafis wurde teilweise mit Bestürzung aufgenommen, hiess es unter den Delegierten. Allerdings herrschte unter den Teilnehmern der Konferenz am Donnerstag weitgehend Unklarheit, ob Ghaddafi seine Austrittsdrohung tatsächlich wahr machen werde. Noch am Mittwoch war in Delegationskreisen befürchtet worden, der libysche Führer werde sein definitives Ausscheiden erklären.

Mehrere islamische Staaten hätten ihn aber in internen Gesprächen davon zunächst abbringen können, hiess es. Libyen wäre nach Burma das zweite Land,

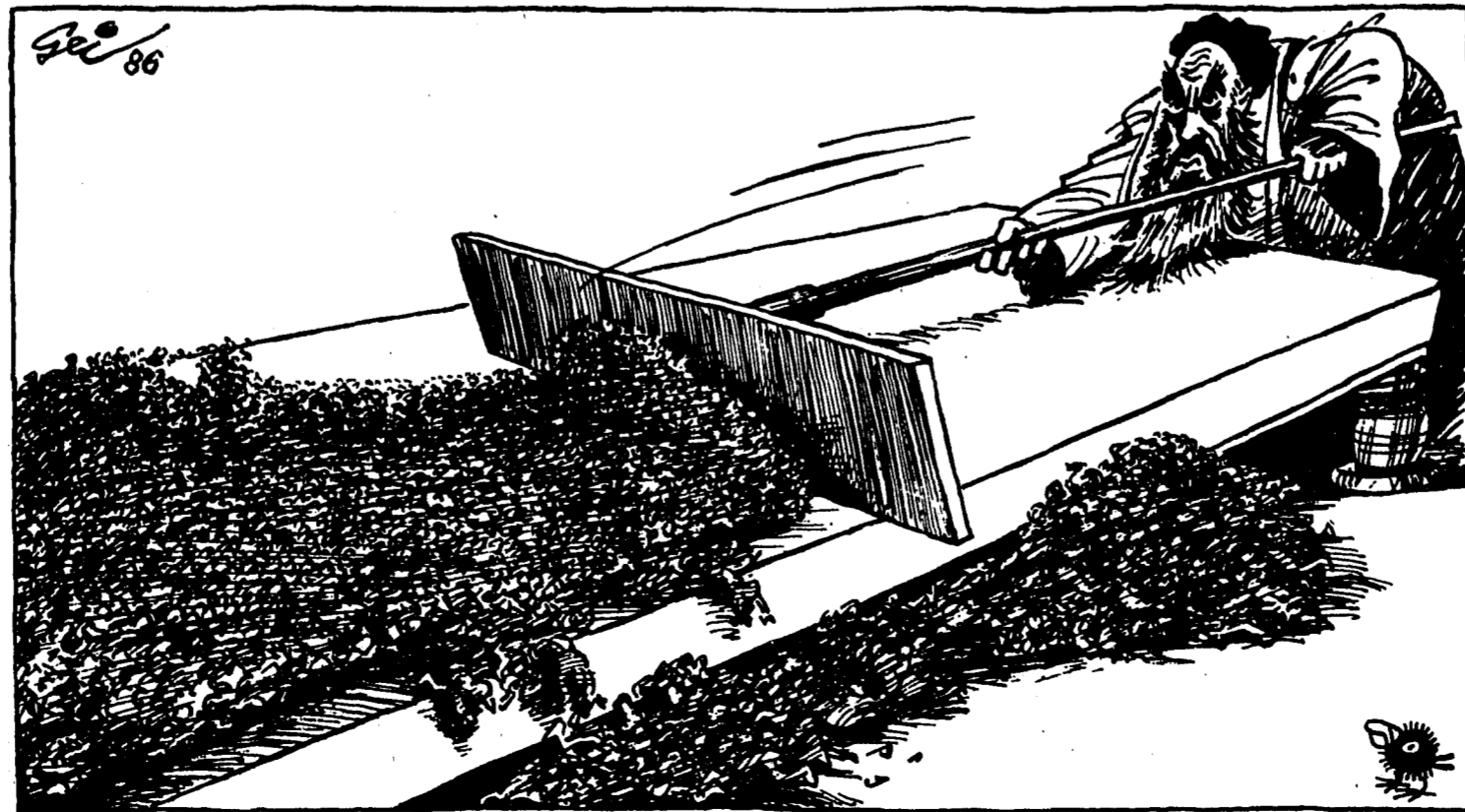
dass in der 25jährigen Geschichte der Blockfreien aus der Bewegung austritt.

Angriff auf Israel

Der neue Vorsitzende der Blockfreien und Premierminister Simbawes, Robert Mugabe, stellte unmittelbar nach der Rede Ghaddafis klar, dass ihm sicherlich nicht alle 101 Mitglieder der Bewegung zustimmen könnten. Wenn der libysche Führer die Politik der Blockfreien aber verändern wolle, müsse er Mitglied bleiben.

Ghaddafi äusserte auch seinen Willen zu militärischen Angriffen auf Israel. Er forderte Ägypten sowie andere arabische Staaten auf, ihm militärische Basen zur Verfügung zu stellen. «Dann werde ich die (israelischen) Atomreaktoren zerstören.»

Mit Blick auf die Bombenangriffe der USA, sagte er: «Das Muskelspiel der USA wird Libyen niemals vom Kampf für die Befreiung in der Welt abhalten. Ich bin nicht verängstigt. Ich bin nicht psychologisch gebrochen. Ich werde die Auseinandersetzung mit den USA und ihren Alliierten nicht stoppen.»



Irans Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini zum Golfkrieg: «Alles nach vorne und aus dem Weg räumen!» (Copyright: Cosmopress)

21. Sept.
BETTAG
in sich gehen
statt ausfahren

Freimillig
autofrei